

Thurgauer Z. 28.1.2014

# Regierungsrat will die Anlehre nicht wiederbeleben

SEBASTIAN KELLER

**FRAUENFELD.** Der Regierungsrat des Kantons Thurgau will an der Berufsausbildung derzeit nicht rütteln. Von einer Wiedereinführung der Anlehre, die bis spätestens 2015 abgeschafft werden sein soll, hält er nichts. Er zeigt sich vielmehr überzeugt von der zweijährigen beruflichen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest. «Sowohl die Ausbildungsverantwortlichen als auch die Lernenden ziehen eine positive Bilanz», schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf

einen Vorstoss im Grossen Rat. Die Behandlung steht noch aus.

Eingereicht hat die Motion eine parteipolitisch breite Front um BDP-Kantonsrat Roland A. Huber aus Frauenfeld. 69 Unterschriften finden sich auf dem Vorstoss – mehr als die Hälfte aller Grossratsmitglieder hat unterschrieben. Auch nach der Lektüre der regierungsrätlichen Antwort hält Huber an seinem Ziel fest: wieder ein Angebot im Sinne einer Anlehre zu schaffen. «Jugendliche haben ein Recht auf berufliche Perspektiven», betont der Kantonsrat. ▶ THURGAU 23

# Nicht an Berufsbildung schrauben

Der Regierungsrat will die Anlehre nicht wiederbeleben. Für leistungsschwächere Jugendliche gebe es genügend Möglichkeiten, in der Berufswelt Tritt zu fassen. BDP-Kantonsrat Roland A. Huber kämpft weiter für eine Ausbildung im Sinne einer Anlehre.

SEBASTIAN KELLER

**FRAUENFELD.** Anlehren gibt es noch bis längstens 2015. Von einer Wiedereinführung auf kantonaler Ebene hält der Regierungsrat wenig. Das schreibt er in seiner Antwort auf einen Vorstoss. Seit 2005 können schulisch schwache Jugendliche eine zweijährige Lehre absolvieren, die sie mit einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) abschliessen. Diese sollte die Anlehren ersetzen, die ein bis zwei Jahre dauerten. Anfang 2013 gab es 42 zweijährige Lehren mit Berufsattest. 2014 kommen weitere dazu – etwa Malerpraktiker.

## Mit Erfahrungen zufrieden

Mit den ersten Erfahrungen zeigt sich der Regierungsrat zufrieden. Der Ersatz der Anlehre durch die EBA-Ausbildung habe nicht dazu geführt, dass sich die Möglichkeiten für leistungsschwächere Jugendliche verschlechtert haben. Auch Zahlen lässt die Exekutive sprechen: 2013 haben von 199 Lernenden nur elf die Prüfung nicht bestanden; 2012 waren es sechs von 182. «Im Vergleich zu den Anlehren hat sich dagegen die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert», schreibt die Regierung. Sie verhehlt nicht, dass es zwischen 20 und 40 Jugendliche pro Jahr gebe, die das geforderte schulische Niveau für das Berufsattest nicht mitbringen würden. Für diese gebe es aber ausreichend Fördermassnahmen. Der Regierungsrat weist auf die Möglichkeit hin, die Lehrzeit bei Berufsattest-Ausbildungen zu verlän-



Archivbild: Urs Bucher

Wer Autos reparieren will, lernt heute Automobil-Mechatroniker (EFZ) oder Automobil-Assistent (EBA).

gern. Das Berufsbildungsgesetz erlaubt dies auch bei drei- oder vierjährigen Lehren.

## Rechtlich wäre es möglich

Der Regierungsrat hält fest, dass die Einführung einer kantonalen Anlehre eine Lücke schliessen könnte. Rechtlich stünde nichts im Wege. Bedenken hat der Regierungsrat aber trotzdem. Er bezweifelt, dass Ausbildungsbetriebe überhaupt solche Plätze anbieten würden. Zudem widerspräche es dem Grundsatz «Kein Abschluss ohne Anschluss». Auch finanzielle Bedenken formuliert der Regierungsrat: Der Kanton hätte die Kosten einer kantonalen Anlehre selber zu tragen. Bei der EBA-Ausbildung zahlt der Bund jährlich fast 3000 Franken pro Absolvent. Auch wäre eine kantonale Berufslehre nur kantonal und nicht eidgenössisch anerkannt.

## Debatte steht noch bevor

Kantonsrat Roland A. Huber (BDP, Frauenfeld) ist der Erstunterzeichnende des Vorstosses. «Ich werde nicht locker lassen», sagt er – die Wiedereinführung einer Art Anlehre bleibt sein Ziel. «Junge Menschen haben ein Recht auf berufliche Perspektiven», betont Huber. Die Antwort des Regierungsrates beurteilt er als «pragmatische Auslegeordnung». Er setzt sich bei der Beratung im Grosse Rat – sie findet wohl im Februar oder März statt – für den Vorstoss ein. Diesen hat er mit Vertretern der SVP, CVP, SP und FDP eingereicht. Unterschrieben haben ihn mehr als die Hälfte aller Grossratsmitglieder.